



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2019, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2019

Statement von Dr. Simone Wisotzki

Vorsitzende der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte im Jahr 2018 und im ersten Halbjahr 2019 geben. Ich möchte etwas zum Umfang, aber auch zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte sagen. In 2018 erteilte die Bundesregierung 11.142 Einzelgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 4,82 Milliarden Euro. Das waren rund 1,4 Milliarden oder rund 23 Prozent weniger als im Jahr 2017. Zwar ist der Genehmigungswert damit im dritten Jahr in Folge gesunken, jedoch sind die Werte der Jahre 2015-2017 die drei höchsten Genehmigungswerte der vergangenen 21 Jahre, also seitdem die Bundesregierung öffentlich über Rüstungsexporte berichtet.

Blickt man auf die Zahlen des Rüstungsexportberichtes für das erste Halbjahr 2019, ergibt sich dort ein Exportwert an Einzelausfuhrgenehmigungen von 5,33 Milliarden Euro. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2018 und unterstreicht, dass sich kein Trend hin zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik erkennen lässt.

Problematisch ist aus Sicht der GKKE der hohe Anteil von Rüstungsexporten an Drittstaaten. Mit 53 Prozent liegt dieser Anteil 2018 nun schon zum sechsten Mal in Folge (seit 2013) bei über der Hälfte der genehmigten Rüstungsexporte. Der Export an Drittstaaten ist mittlerweile zur Regel geworden. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann in wenigen Einzelfällen tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung geben.

Unter den problematischen Drittstaaten findet sich Algerien in 2018 auf Platz eins der Empfängerländer, auf Platz vier ist Saudi-Arabien. Im ersten Halbjahr 2019 nimmt Ägypten einen Spitzenplatz als Abnehmer deutscher Rüstungsexporte unter den Drittstaaten ein. Deutschland kooperiert mit dem Militärregime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi, das in der Kritik steht, Oppositionelle zu Tode zu foltern und Dissidenten zu entführen und zu töten. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate konnten in 2019 mit Einzelausfuhrgenehmigungen rechnen. Auch sie gehören, ebenso wie Ägypten, der Jemen-Kriegskoalition an und unterstützen obendrein regierungsfeindliche Milizen im Konflikt in Libyen mit Waffen, was gegen das VN-Embargo verstößt.

Obwohl die Bundesregierung immer das Gegenteil beteuert, werden Staaten, in denen staatliche Organe systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, mit deutschen Rüstungsgütern beliefert. Auch genehmigt die Bundesregierung Rüstungstransfers in Regionen, in denen aktuell Gewaltkonflikte oder regionale Rüstungsdynamiken zu beobachten sind, wie etwa im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in der Region Ostasien. Die GKKE erneuert ihre Forderung an die Bundesregierung, keine Rüstungsexporte an Regierungen zu genehmigen, deren interne gesellschaftliche Legitimität zweifelhaft ist, welche die Bedingungen des guten Regierens nicht erfüllen oder die menschliche Sicherheit und Entwicklung ihrer Länder gefährden.
